

Black Globe Award 2016

1. Platz: Dr. Manfred Haimbuchner (Landeshauptmann-Stellvertreter)

Der „Black Globe Award 2016“ für die größten Bremser in der österreichischen Klimapolitik geht dieses Jahr an den Landeshauptmann-Stellvertreter in Oberösterreich Manfred Haimbuchner. Er hatte auf die Frage: "Was planen Sie als Wohnbaureferent in den nächsten Jahren zur Erreichung der Klimaschutzziele, insbesondere im Bereich Energieeffizienz und erneuerbarer Energien, aus Ihrem Ressort beizutragen?" geantwortet: "Eine klare Antwort: nichts".

„Nichts“ ist allerdings noch untertrieben. So ist Manfred Haimbuchner gerade dabei die Förderprogramme für alternative Heizsysteme in Oberösterreich abzustellen. Der ursprüngliche Plan sah vor, diese Förderungen bereits im Jahr 2016 zu beenden. Nun gab der Landeshauptmannstellvertreter bekannt, dass es eine Gnadenfrist bis 2017 geben soll. Dann wird die Förderung von Solarthermieanlagen, Wärmepumpen, Fern- und Nahwärmenetzen abgestellt.

Wer kurz nach dem Abschluss des Klimaschutzabkommens von Paris Förderprogramme des Landes für erneuerbare Energie abmontieren will, hat sich den „Black Globe“-Preis mehr als verdient. Manfred Haimbuchner handelt damit auch gegen die Interessen der oberösterreichischen Beschäftigten im Bereich erneuerbarer Energie.¹

2. Platz: Rainer Seele (Vorstandsvorsitzender OMV AG)

Der 2. Platz geht an den Vorstandsvorsitzenden der OMV AG Rainer Seele. In einer Aussendung der APA von 20. Jänner, ein Monat nach dem Abschluss der Weltklimakonferenz in Paris, wird Seele zitiert: Der Weltklimagipfel könnte zwar ein Signal für die ferne Zukunft sein, "aber auch 2050 werden Öl, Gas und Kohle noch immer eine substanzielle Rolle im Energiemix spielen."

In Paris wurde neben dem Ziel zur Begrenzung der Erderwärmung auf unter 2 bzw. maximal 1,5 Grad Celsius, auch beschlossen in der zweiten Jahrhunderthälfte eine Balance zwischen dann noch ausgestoßenen Treibhausgasen und deren Neutralisierung zu erreichen, beispielsweise mittels Aufforstung. Es ist davon auszugehen, dass sämtliche Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgase die Emissionen aus der Landwirtschaft bzw. Abfallwirtschaft kompensieren müssen. Daher ist es unerlässlich, die Emissionen durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas bis spätestens 2050 auf Null zu reduzieren.

Dem nicht genug, hat die OMV knapp ein Monat nach Abschluss der Klimakonferenz, mitten im arktischen Winter unter extremen Wetterbedingungen, mit Probebohrungen in der Arktis begonnen. Zu diesem Zeitpunkt, hat kein Unternehmen der Welt weiter nördlich nach Öl gebohrt wie die OMV. Arktische Ölbohrungen sind insgesamt auf Grund der Ablegenheit der Gebiete, des sensiblen Ökosystems und der Tatsache, dass sich eisbedecktes Wasser von Öl nicht befreien lässt,

1 <http://ooe.orf.at/news/stories/2759781/>

<http://www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/wirtschaftsraumooe/Landesfoerderung-fuer-OEko-Energie-laeuft-2017-aus:art467,2169765>

sehr riskant. Mitten im Winter bei fast durchgehende Dunkelheit, extreme Kälte und Stürmen, steigt das Risiko weiter.

Wer kurz nach dem Beschluss des ersten global-verbindlichen Klimaabkommens, nicht nur die Ergebnisse in Frage stellt sondern sich gleichzeitig auf der Suche nach risikoreichem Arktisöl begibt, hat seinen zweiten Platz beim „Black Globe“ redlich verdient.

3. Platz: Christoph Leitl (Präsident der Wirtschaftskammer Österreich)

Der Dritte Platz geht an WKO-Präsident Leitl, seine Kammer positioniert sich außerhalb des globalen Pariser Klimaabkommens und spricht mit gespaltener Zunge.

Der WKO-Präsident Leitl traf sich Anfang April 2016 mit UN-Generalsekretär Ban Ki-moon. In einer Presseaussendung sagte Leitl: „Das Pariser Klima-Abkommen ist eine Leistung, zu der man den UN gratulieren kann. Es gibt keine Alternative zum globalen Klimaschutz, diese Auffassung teilen Generalsekretär Ban und die österreichische Wirtschaft. Wenn das angestrebte Ziel einer Begrenzung der Klima-Erwärmung erreicht werden soll, müssen alle an einem Strang ziehen.“

In der täglichen Politpraxis zieht die WKO aber heftig am anderen Ende des Stranges. Für Verweigerung, Gegendruck und Widersprüche beim Klimaschutz gibt es den letzten Stockerlplatz für den Klimazauderer Leitl.

Zitat aus einem Lobbypapier von WKO und IV vom 6.9.2016.

„Da diese Ziele der EU bereits im Herbst 2014 im Hinblick auf das internationale Klimaabkommen von Paris formuliert wurden, ergibt sich aus dem Ergebnis von Paris selbst keine weitergehende Verpflichtung der EU hinsichtlich der Ziele bis zum Jahr 2030.“

Diese Behauptung ist jedoch falsch: Die Vereinbarung im Abkommen von Paris, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen und Anstrengungen zu unternehmen sie nicht über 1,5 Grad Celsius ansteigen zu lassen, waren bei der Formulierung der EU-Ziele noch nicht am Tisch. Daher reicht auch das EU-Paket von 2014 nicht aus um den Paris-Vertrag zu erfüllen. Studien erstellt vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) zeigen, dass mit den derzeitigen freiwilligen Klimazielen der globale Temperaturanstieg bei 3 Grad Celsius oder darüber liegen wird, 50 Prozent weniger ist jedoch notwendig. Eine Anhebung der Klimaziele ist daher unumgänglich.

Verweigerung, Gegendruck, Widersprüche. Die Eingaben der WK in die Onlinekonsultation der E&KStrat.:

Originalzitate, nachzulesen auf: www.konsultation-energie-klima.at/dokumentation/

Zitate der Verweigerung:

„Es ist nicht sinnvoll fixe Ziele bis 2030 oder 2050 festzulegen.“

„Verbindliche nationale Ziele für 2030 sind abzulehnen...“

„Österreich sollte sich nicht auf langfristige, verpflichtende Ziele festlegen.“

„Es gibt keinen Bedarf nach zusätzlichen Zielen.“

„Besonders das Festlegen von über 2030 hinausgehende Ziele ist nicht sinnvoll.“

Das widerspricht aber klar den Vereinbarungen des Klimaschutzabkommens von Paris. Dieses sieht vor, dass alle Staaten Klimaschutzstrategien mit einem langfristigen Horizont bis Mitte des Jahrhunderts erarbeiten sollen. Die Ziele sollen dabei kompatibel mit den Zielsetzungen der Pariser Klimabeschlüsse sein.

Gegendruck:

„Die Kommission schlägt für Österreich ein Ziel von minus 36% gegenüber 2005 vor. Damit trifft Österreich eine völlig überzogene Reduktionsverpflichtung.... Österreich muss sich in den anstehenden Verhandlungen dafür einsetzen, unser Ziel entsprechend zu korrigieren.“

Widersprüche :

„Zur Wahrung der notwendigen Flexibilität ist von verpflichtenden Zielen abzusehen und indikativen/qualitativen Zielen der Vorzug zu geben. Für die Bereiche Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit wird es notwendig sein, quantitative Ziele (zB Industriequote, Beschäftigungszahlen, BIP-Wachstum, Anteil der Produktion am BIP, Dauer von Versorgungslücken, Häufigkeit von Beinahe-Blackouts) vorzugeben.“

„Für strategische Investitionsentscheidungen (Produktionsstandort/Technologie) braucht der Industriesektor langfristige Planungssicherheit.“

„Ein Technologieumstieg fordert aufgrund der Umstellung der Prozesse eine längerfristige Betrachtung bis 2030 bzw. 2050.“

„Beispielsweise können Rückflüsse aus dem ETS-System für die Schaffung von Anreizen in der Industrie herangezogen werden. Profiteure sind die Umwelttechnologieproduzenten, belastet wird die energieintensive Industrie.“